Beschluß zur Staatsangehörigkeit in Deutschland

1. Der Artikel 116 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland wird wie folgt neu gefasst.

Aktuelle Fassung¹:

Artikel 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

(2) Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Neue Fassung:

Artikel 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist, wer die Staatsangehörigkeit gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) in der Fassung vom 22. Juli 1913 besitzt. Die Feststellung der Staatsangehörigkeit erfolgt in Bezug auf das Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1913.

(2) Jeder Versuch nach dem 28. November 1918, deutschen Staatsangehörigen und ihren Abkömmlingen die in Absatz 1 Satz 1 genannte Staatsangehörigkeit zu entziehen, war und ist unwirksam, weil ein Entzug der Abstammung objektiv unmöglich ist. Lebende Abkömmlinge von deutschen Staatsangehörigen gemäß Absatz 1 Satz 1 machen ihre Staatsangehörigkeit gemäß Absatz 1 Satz 2 durch lückenlose, öffentlich beglaubigte Abstammungsnachweise, die bis vor den 01. Januar 1914 zurückreichen, glaubhaft.

2. Das Bundesgesetz „Staatsangehörigkeitsgesetz“ (StAG) vom 15.07.1999 wird aufgehoben.

Begründung:

Als Partei der verfassungsmäßigen Rechtsstaatlichkeit lehnt die Alternative für Deutschland die Auslegung oder Anwendung des deutschen Rechtes nach nationalsozialistischen Grundsätzen, gleichgültig wann und wo dieselben kundgemacht wurden, entschieden ab.

Aus diesem Grund lehnt die Alternative für Deutschland die sog. „deutsche Staatsangehörigkeit“ ab, die am 05.02.1934 von der nationalsozialistischen Regierung unter Adolf Hitler (NSDAP) mit der „Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit“ (V) im Zuge der sog. „Politik der Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ eingeführt wurde, und die von der sozialdemokratisch-grünen Regierung unter Gerhard Schröder (SPD) und Joseph „Joschka“ Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) mit dem sog. „Staatsangehörigkeitsgesetz“ (StAG) am 15.07.1999 – Ausfertigungsdatum: 22.07.1913(!) – bestätigt wurde, und die seither auch von den Bundesregierungen nach dem Jahr 2004 bis heute fortgeführt wird.

¹ **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)** v. 23.05.1949 i.d.F.v. 23.12.2014 m.W.v. 01.01.2015

Hinweis: Heute ist die **Bundesrepublik Deutschland, Platz der Republik 1, 11011 Berlin** in internationalen Firmenregistern unter der **D-U-N-S-Nummer 34-161-1478** registriert.

Beweis: Bildschirmkopie (Ausschnitt) des öffentlich verfügbaren Bundesgesetzes „Staatsangehörigkeitsgesetz“ (StAG) einschließlich der vor dem § 1 befindlichen Fußnote.

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Vollzitat:

"Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 158)"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 5.2.2009 I 158

Fußnote

Textnachweis Geltung ab: 1.1.1980

Überschrift: Langüberschrift idF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000;

Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000

Die Bedeutung der Begriffe "Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der "Reichsangehörigkeit" ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die "Reichsangehörigkeit" vermittelnde "Staatsangehörigkeit" in den Bundesstaaten - seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern - ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden

§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Überdies stellt die Alternative für Deutschland die **Völkerrechtswidrigkeit** der V v. 05.02.1934 sowie – als Konsequenz – des darauf basierenden StAG v. 15.07.1999 aus zwei Gründen fest:

1. Die von den Nationalsozialisten in „*deutsche Staatsangehörigkeit*“ umbenannte Reichsangehörigkeit ist eine Auslands(!)- bzw. Kolonial(!)angehörigkeit gemäß §§ 33 bis 35 RuStAG, in die Adolf Hitler (NSDAP) alle europäischen Deutschen(!) durch **Entzug ihrer Staatsangehörigkeit** „eingebürgert“ hatte.

Warum die rot-grüne Bundesregierung von 1999 sowie die nachfolgenden Altparteien-Bundesregierungen diese völkerrechtswidrige Lage zum Wohle der Deutschen nicht beendet haben und dieses Unrecht sogar bekräftigt und fortgeführt hatten, bleibt deren Geheimnis, zumal Artikel 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UN-Menschenrechtscharta) v. 10.12.1948 eindeutig bestimmt:

„Artikel 15

(1) Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.

(2) Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.“

2. Jeder Versuch des Entzuges einer auf dem **Abstammungsprinzip (ius sanguinis)** beruhenden Staatsangehörigkeit, wie sie **gemäß §§ 1, 3 ff. RuStAG für die Deutschen gültig gesetzlich bestimmt** ist, ist zwar objektiv unmöglich, gleichwohl aber auf die Auflösung eines Volkes und sowie seines Staates gerichtet.

Die Alternative für Deutschland erkennt in dem völkerrechtswidrigen StAG v. 15.07.1999 die juristische Vorbereitung einer späteren Transformation Deutschlands in eine sog. „multikulturelle Gesellschaft“ durch die seinerzeitige rot-grüne Bundesregierung, ein Vorhaben, das den Deutschen seit vielen Jahren massenmedial mit wohlklingenden Begriffen wie „bunt“, „vielfältig“, „tolerant“, „weltoffen“, „Bereicherung“ u.ä. verkauft wird.

Angesichts der durch die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung in dem Jahr 2014 ausgelöst und seit Mitte des Jahres 2015 galoppierenden Masseneinwanderung – grundgesetzwidrig nach Artikel 16a GG und strafbar nach §96 AufenthaltsgG – aus prinzipiell allen Ländern der Welt nach Deutschland, die ohne Übertreibung als multikulturelle Flutung Deutschlands bezeichnet werden kann, sieht die Alternative für Deutschland mit dem vorliegenden Beschlußantrag dringenden **juristischen Handlungsbedarf**, zumal das StAG v. 15.07.1999 vorsieht, über den Erwerb der „deutsche[n] Staatsangehörigkeit“ in kürzester Zeit Deutscher gemäß Artikel 116 Absatz 1 GG (aktuelle Fassung) zu werden, so daß die Deutschen möglicherweise auf ihrem eigenen Grund und Boden von Ausländern im Rahmen demokratischer(!) Abstimmungen von einer nachhaltig anti-deutschen Politik betroffen sein könnten, die dann alle denkbaren Lebensbereiche zu ihrem Nachteil durchdringen könnte.

Mit **§4 Abs. 3 StAG** wurde das (bisher exklusive!) Abstammungsprinzip gemäß RuStAG um eine Mischung aus Territorial- und Aufenthaltsdauerprinzip ergänzt, so daß der Erwerb eines Wahlrechtes, das nach der Rechtsordnung für die Bundesrepublik Deutschland stets an die Deutscheneigenschaft des Artikels 116 Absatz 1 GG gekoppelt ist, keine ernsthafte Hürde mehr darstellt:

„(3) *Durch die Geburt im Inland erwirbt ein Kind ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil*

1. *seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und*
2. *ein unbefristetes Aufenthaltsrecht ... besitzt. ...“*

Mit Blick auf die Behandlung der multikulturellen Neuankömmlinge durch die Bundesregierung bzw. durch die Organe der Bundesrepublik Deutschland seit 2014 ist zu befürchten, daß dieser Personenkreis – sogar ohne dessen Wissen bzw. ohne dessen explizite Willensbekundung – die „deutsche Staatsangehörigkeit“ und damit ein Wahlrecht nach der Rechtsordnung für die Bundesrepublik Deutschland erhalten könnte, siehe **§3 Abs. 2 StAG**:

„(2) *Die Staatsangehörigkeit erwirbt auch, wer seit zwölf Jahren von deutschen Stellen als deutscher Staatsangehöriger behandelt worden ist und dies nicht zu vertreten hat. Als deutscher Staatsangehöriger wird insbesondere behandelt, wem ein Staatsangehörigkeitsausweis, Reisepass oder Personalausweis ausgestellt wurde. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit wirkt auf den Zeitpunkt zurück, zu dem bei Behandlung als Staatsangehöriger der Erwerb der Staatsangehörigkeit angenommen wurde. Er erstreckt sich auf Abkömmlinge, die seither ihre Staatsangehörigkeit von dem nach Satz 1 Begünstigten ableiten.“*

Es ist somit zu befürchten, daß eine Bundesregierung auf Basis des StAG aus illegal eingereisten Ausländern (Straftätern) wahlberechtigte Deutsche „... im Sinne dieses Grundgesetzes ...“ gemäß Artikel 116 Absatz 1 GG (aktuelle Fassung) i.V.m. den geltenden Wahlgesetzen machen könnte!

Um einer solchen denkbaren Zielsetzung einer Bundesregierung für immer wirksam zu begegnen, will die Alternative für Deutschland die Staatsangehörigkeit in Deutschland **grundsätzlich und ausschließlich** – wie im Antrag formuliert – an das **Abstammungsprinzip** und an völkerrechtlich unantastbares, gültiges deutsches Recht, d.h. an das RuStAG i.d.F.v. 22.07.1913, koppeln und jedes andere Prinzip in Bezug auf den Erwerb und den Besitz der Staatsangehörigkeit in Deutschland mit allen politischen und rechtlichen Mitteln bekämpfen.

**An der in diesem Beschlußantrag formulierten Grundgesetzänderung
hängt die Existenz der Deutschen als Nation und der Fortbestand ihres Staates!**

Die Antragsteller der Alternative für Deutschland:

Andes, Gabriele, AfD Ulm/Alb-Donau

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3978709

Baur, Heinz, AfD Neu-Ulm

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3949613

Friedrich, Andreas, AfD Karlsruhe-Land

Personalausweis, „deutsch“

Dr. Krämer, Franz-Josef, AfD Rhein-Neckar

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3863211

Mayer, Norbert, AfD Freital

Personalausweis, „deutsch“

Rösl, Rainer, AfD Ulm/Alb-Donau (Autor)

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3847415

Schrade, Hansjörg, AfD Reutlingen

Personalausweis, „deutsch“

Wetzel, Ralf, AfD Ulm/Alb-Donau

Personalausweis, „deutsch“

Die Unterstützer außerhalb der Alternative für Deutschland:

Brauer, Eckhard, Leinfelden-Echterdingen

Personalausweis, „deutsch“, notariell beglaubigter Abstammungsnachweis bis vor den 01. Januar 1914 liegt vor

Dr. Bucher, Delf, Stuttgart

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3902624

Drzesga, Michael, Salzgitter

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3923309

Geske, Winfried Adalbert, Ebstorf

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3918685

Hüber, Herbert, Inzlingen

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3829065

Kalbfuss, Harald, Hoppenstädten-Weiersbach

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3864307

Kestler, Wolfgang, Haßfurt

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3618456

Krüger, Thomas, Stuttgart

Personalausweis, „deutsch“, notariell beglaubigter Abstammungsnachweis bis vor den 01. Januar 1914 liegt vor

Meinhard, Arnold, Ort

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3957339

Münchschwander, Thorsten Christoph, Stromberg

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3952251

Pöhland-Steiner, Petra, Schwelm

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „... vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...“, Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3796024

Richter, Oliver, Weßling

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „.. *vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...*“;
Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3859222

Zietsch, Bernd, Schwelm

Deutscher gemäß §§1, 3, 4 Abs. 1 RuStAG 1913, d.h. gemäß Art. 116 Abs. 1 GG „.. *vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung ...*“;
Staatsangehörigkeitsausweis, EStA-Register-Nr. 3792389